



Initiative | Vorlage für höhere Familienzulagen kommt vors Volk

Bezahlen statt reden

SITTEN | Vor einem Jahr starteten die christlichen Gewerkschaften Wallis, Syna und SCIV, eine Unterschriftensammlung für höhere Familienzulagen. Gestern Nachmittag fand in Sitten die Übergabe von 4265 Unterschriften an den Staatsrat statt.

Weil die direkten Kinderkosten seit der letzten Anpassung der Familienzulagen 2009 um 15 Prozent gestiegen seien, sollen die Kinderzulagen um 40 Franken und die Ausbildungszulagen um 20 Franken angehoben werden.

Armutrisiko Kinder

Heute rechne man pro Monat mit direkten Kinderkosten von 942 Franken bei einem und von 1507 Franken bei zwei Kindern. Gemäss Mitteilung vonseiten der Syna ein «massiver Anstieg», der für Familien einen stetigen Kaufkraftverlust bedeute. Eine Familie mit Kindern zu haben, zähle heute denn auch zu den grössten Armutrisiken. Eine Erhöhung der Kinderzulagen auf 315 Franken pro Kind und 415 Franken ab dem dritten Kind sowie der Ausbildungszulagen auf 445 Franken pro Kind sei deshalb «moderat» und «mehr als gerechtfertigt».

«Diesen Kaufkraftverlust beobachten wir schweizweit», sagt Johann Tscherrig, Zentralsekretär Syna Region Oberwallis. Ohne diese Erhöhung fehle den Familien einfach Geld. «Wir stellen fest, dass viel über Familienpolitik geredet wird, geht es dann jedoch konkret um Zahlen, zieht man sich oft wieder zurück.» Man stelle dann etwa das Giesskannen-

prinzip in den Vordergrund. Diesen Einwand kontert Tscherrig mit einer Frage: «Wie will man jemandem helfen, dem finanzielle Mittel fehlen, wenn man ihm diese Mittel nicht gibt?» Zudem würden auch andere Kantone «nach oben ziehen», so etwa Genf oder Waadt. Das Wallis hat im Vergleich zwar hohe Familienzulagen, liegt aber nicht mehr an der Spitze. Wird die Initiative angenommen, läge es, Stand jetzt, schweizweit wieder an erster Stelle.

Finanzierung über Arbeitgeber und Selbstständige

Im Wallis waren es Vertreter der SP Oberwallis, welche im September letzten Jahres mit einer Motion im Grossen Rat die Familienzulagen erhöhen wollten. Das Walliser Parlament lehnte sie ab und kurz darauf starteten die christlichen Gewerkschaften ihre Unterschriftensammlung. Finanzieren möchten die Verantwortlichen der christlichen Gewerkschaften die Erhöhung durch eine Anpassung der Lohnprozente. Die Arbeitgeber sollen 0,3 Prozent mehr bezahlen, die Selbstständigen 0,15 Prozent. Wegen der unterschiedlichen Belastung der über 40 Familienzulagenkassen im Wallis und des komplexen Subventionierungssystems der Kassen untereinander werden diese Anteile aber schwanken. «Es wird sicher Stimmen geben, die sagen, das werde alles zu teuer», so Tscherrig. Aber die Ansätze der Arbeitgeberbeiträge an die Familienzulagenkassen seien in den letzten Jahren tendenziell gesunken, darum sei diese Erhöhung



«wirtschaftlich verkraftbar».

Die Initianten sind überzeugt, dass die Bevölkerung die Vorlage an der Urne unterstützt. Die nötigen Unterschriften seien ohne grossen Aufwand innert kurzer Zeit zusammengekommen. Und: Das Wallis sei ein familienfreundliches Volk, so Tscherrig: «Das Echo war positiv und ich denke, dass die Leute sehr empfänglich sind für diese Familienthemen.» Das gehe über die Familienzulagen hinaus. Dazu gehörten auch etwa der Vaterschaftsurlaub oder die jetzt diskutierte Elternzeit. «Die Leute merken, dass etwas im System nicht stimmt, was die Familien anbelangt, und dass man etwas machen muss, statt nur immer darüber zu reden.» **tma**



FOTO WB

Übergabe. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten (links), Staatskanzler Philipp Spörri und SCIV-Präsidentin Carole Furrer in Sitten.